

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 3 Mk., vierteljährlich 9 Mk. — Veranmeldungstermin bis zum 1. April 1921.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schady, Druck: H. Heilmann & Co., Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Jülicher Straße 33-35, Bonn. Telefon Nr. 33, 34 u. 224. Telegramm-Adr.: Altrheinland Bonn.

Gegen die Selbstmordpolitik der alliierten Machthaber

Das Exekutivkomitee der englischen Arbeiterpartei (Labour Party) und der parlamentarische Ausschuss des englischen Gewerkschaftskongresses beschlossen in einer gemeinsamen Sitzung am 17. März folgende Erklärung gegen die selbstmörderische Politik der alliierten Machthaber gegenüber Zentral- und Ost-Europa:

Die gemeinsame Sitzung des parlamentarischen Ausschusses des Gewerkschaftskongresses und des Exekutivkomitees der Labour Party ist der Ansicht, daß die Ursachen der Wirtschaftskrise, die auf England lastet, größtenteils außerhalb des Landes liegen. Ganz Europa ist durch den Krieg verarmt. Große Teile Europas wurden durch den Krieg ruiniert. Millionen unserer früheren Kunden sind heute zu arm, um mit uns Handel zu treiben, und was Rußland betrifft, so hat unsere Politik bewirkt, daß sein Handel und sein Absatz von der übrigen Welt abgeschnitten ist. Die richtige Krisispolitik, die die Entschädigungsbeschlüsse enthält, wird die Absatzmöglichkeit für unsere Waren in Deutschland noch weiter verringern. Unser Export nach Deutschland betrug — zum Vorkriegspreis berechnet — im letzten Jahr weniger als ein Viertel dessen, was wir im Jahr vor dem Krieg dorthin ausführteten. Wir verfrachteten im letzten Jahr nach deutschen, russischen und österreichisch-ungarischen Häfen weniger als ein Zehntel dessen, was wir 1913 verfrachteten. Dieser Rückgang allein würde genügen, um die heutige Arbeitslosigkeit zum größten Teil zu erklären.

In dieser allgemeinen Verarmung, welche zugleich unsere Abnehmer ruiniert und unsere Arbeiter zum Betteln zwingt, liegt aber noch Schlimmeres als die unvermeidliche Vergeudung von Werten durch den Krieg. Die Blockade Rußlands war eine höchst kurzfristige Politik. Eine Vereinbarung des Friedensvertrages nach der anderen hat ihr Ziel dazu beigetragen, den Ruin zu vollenden, den der Krieg begann. Österreich wurde zerstückelt, aber Paris vergaß, für den notwendigen Handel zwischen den auseinandergerissenen Teilen Sorge zu tragen. Es schüttete eine Weltmacht und erst die blühende Industrie von ihren früheren Kohlenvorräten ab. Deutschland wurde mit Recht zur Arbeit aufgefordert, um diese Entschädigungszahlung zu ermöglichen. Aber der Vertrag, der diese Verpflichtung auferlegte, nahm ihm seine Handelsmarine und drei Viertel seines Eisenerzes, verringerte die Kohlenzufuhr für seine Industrie, schloß die Banken und Geschäfte, welche allein seinen auswärtigen Handel vermitteln. Sowohl im Namen der Humanität wie in unserem eigenen Interesse müssen wir dagegen Protest erheben. Die Gleichheitsgesetze in Mitteleuropa beweisen, daß es die Kinder sind, welche diese Rechnung mit ihrem Leben bezahlen.

Als Arbeiterbewegung müssen wir die Entschädigungsbeschlüsse vom Standpunkt der Arbeiter, sowohl des Landes, welches zahlen soll, als dessen, an das die Zahlungen gehen, beurteilen. Bezahlt werden kann nur durch Export, den wir ohne Gegenleistung erhalten. Das bedeutet weitere Schwierigkeiten für unsere Industrie. Deutschland, auf der anderen Seite, wurde gezwungen sein, 42 Jahre lang nur die notwendigen Lebensbedürfnisse einzuführen. Das bedeutet, daß unsere Wirtschaft sich nicht mehr erholen können, und daß als Folge die Arbeitslosigkeit sie ist.

Die Ueberflutung des Weltmarktes mit Gütern, die tatsächlich durch Zwangsarbeit hergestellt sind, wird unsere eigenen Arbeiter einer noch nie dagewesenen Form der Konkurrenz gegenüberstellen. Wir glauben jedoch nicht, daß die Entschädigung in der von Paris geforderten Höhe bezahlt werden kann. Im Augenblick hat Deutschland keinen Exportüberschuss zu verzeichnen, sondern sein Export bleibt im Gegenteil hinter dem Import zurück, und es besteht keine Aussicht auf eine Besserung unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Es ist unüberwindlich, daß Europa 42 Jahre lang ein bewaffneter Speerlager bleibt, um diesen unumgänglichen Tribut zu erzwingen.

Ebenso sicher ist es aber unserer Meinung nach, daß Deutschland, bei einiger Bewegungsfreiheit und gründlicher Revision der wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages, in der Lage sein wird, für die tatsächlichen Verwüstungen Wiedergutmachung zu leisten.

Der Frankreich zugefügte Schaden muß vor allen Dingen ersetzt werden. Wir würden es vorziehen, wenn es — soweit die französische Stimmung und die französischen Interessen es erlauben — durch deutsches Material geschieht. Seine britische Forderung ist bringender als diese. Unserer Ansicht nach enthält die Entschädigungsrechnung Posten, die unvereinbar sind mit den vor dem Abschluß des Waffenstillstandes gestellten Bedingungen, auf Grund deren Deutschland sich unterworfen hat. Diese Posten sind es, welche auch die gerechtfertigten französischen Forderungen kompensieren. Nur juristische Wortklauberei kann aus dem Satz: „Schaden, welche der Stillbewässerung der Wälder oder deren

Eigentum durch Land-, See- oder Luftangriffe Deutschlands zugefügt worden sind“ (Punkt 8 des Wilsonschen Friedensprogramms. Red. der „Bergarb.-Ztg.“), die Verpflichtung für Deutschland konstruieren, den alliierten Regierungen ihre Ausgaben für Pensionen und Vergütungen an Personal zurückzuführen.

Eine ehrliche Interpretation der Bedingungen, auf Grund deren Deutschland sich unterworfen hat, würde zur Befreiung einer niedrigeren Gesamtsumme führen.

Der nächste Schritt muß die Wiederaufrichtung der ruinierten Wirtschaft des Kontinents und die praktische Wiederaufnahme der gegenseitigen Handelsbeziehungen sein, nicht die Erzwingung einseitiger Zahlungen. Das erfordert aber die gründliche Revision der wirtschaftlichen Bestimmungen aller Friedensverträge und den Abschluß eines ehrlichen Friedens mit Rußland.

Da somit unserer Ansicht nach die augenblickliche Arbeitslosigkeit in England die direkte Folge seiner selbstmörderischen auswärtigen Politik ist, verlangen wir nicht nur eine nochmalige Prüfung der Entschädigungsbedingungen, sondern auch eine Korrektur der Gesamtpolitik der Alliierten gegenüber Zentral- und Ost-Europa.

Die organisierten englischen Arbeiter sind also für eine friedliche Verständigung und gegen jede Gewalttätigkeit. Schärfer kann die Selbstmordpolitik der alliierten Machthaber gar nicht gebrandmarkt werden. Diese Brandmarkung gewinnt noch besondere Bedeutung durch die bevorstehende Amsterdamer Konferenz der Gewerkschaften Englands, Deutschlands, Frankreichs und Belgiens und der Vertreter der einzelnen parlamentarischen Fraktionen sowie des Exekutivkomitees der zweiten Internationale. Bisher haben ausschließlich die kapitalistischen Machthaber bestimmt und sie haben die heillose Verwirrung und Verwüstung nur vergrößert. In Amsterdam werden die Vertreter der internationalen Arbeiterbewegung ihre Stimmen für Verständigung und Verständigung erheben, wodurch es allein möglich ist, aus der heillosten Verwirrung und Verwüstung herauszukommen. Dann werden auch alle die Vorkämpfer verstummen müssen, welche uns heute noch unterstellen, wir seien gegen die achte Stunde als Ueberflutung, um die Interessen des Auslandes zu fördern.

Betriebsratswahlen stehen bevor!

Diese sind im Bergbau von ganz besonderer Bedeutung. Der Ausfall der Betriebsratswahlen ist für die Durchführung der Sozialisierung mit entscheidend. Deshalb darf nur die Liste der freien Gewerkschaften gewählt werden. Kameraden! Nutzt die Zeit, agitiert, werbt für die freigewerkschaftliche Kandidatenliste! Auf zum Kampf und Sieg für die freien Gewerkschaften!

preise. Diese Abgaben lassen sich naturgemäß nur solange halten, als die Kohlenknappheit uns die Preisbestimmung läßt. In dem Maße wie der Wettbewerb mit der Auslandskohle wieder den Preis bestimmt, hört das auf. In diesem Zusammenhang ist ein Artikel unseres Kameraden Nikolaus Osterroth im „Vorwärts“ vom 17. März besonders beachtenswert, worin ausgeführt wird:

„Dem Reichstag liegt ein Gesetzentwurf vor, der die Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes vom 8. April 1917 bis zum 30. Sept. 1921 verlängern will. Es ist sehr verwunderlich, daß die Parteien, die mit den Industriekreisen Fühlung hatten, ihr zustimmen wollten.“

Die Kohlensteuer ist eine von den Steuerweisheiten des Herrn Helfferich, die dazu dienen sollte, den Krieg zu finanzieren und die besitzende Klasse vor direkten Kriegssteuern zu bewahren. Die Wirkung der Kohlensteuer war vom ersten Augenblick an katastrophal. Sie trieb die Kohlenpreise, die damals allerdings noch verhältnismäßig niedrig waren, in ein Fünftel in die Höhe. Die Selbstkosten der gesamten Industrie aber wurden durch diese Helfferichsche Bilanzleistung um gleich höher gehoben. Es ist kein Zufall, daß mit der Einführung der Kohlensteuer der Beginn einer wahnstinnigen Preissteigerung auf der einen und der Geldentwertung auf der anderen Seite einsetzte. Eine ungeheure Welle von Lohnbewegungen war die natürliche Folge.

Seitdem ist die Wirkung der Kohlensteuer nur noch verhängnisvoller geworden. Heute lassen auf jeder Tonne Steinkohle über 50 Mark Kohlensteuer. Die Kohlensteuer wird mit 12-15 Mk. durch die Kohlensteuer belastet. Der ganze Reichtum der Kohlensteuer wird einem erst so recht sinnlos, wenn man sich erinnert, daß die Tonne Steinkohle ab dem Jahr 1915 noch 2,50 Mk.

kollekt. Die heutige Kohlensteuer ist also um das Drei- bis Fünffache höher als die Tonne Kohle 1915 überhaupt kostete. Der Gesamtwert unserer Kohlenförderung betrug 1913 etwa 3 Milliarden Mark. Der Betrag der Kohlensteuer für das laufende Steuerjahr wird mit 4,5 Milliarden Mark angenommen.

Es gibt keine schmerzlichere Maßnahme für unsere gesamte Wirtschaft als die Kohlensteuer, die in den nächsten Monaten für uns geradezu katastrophal zu werden droht. Der Finanzminister jammert darüber, daß er den Ausfall der Kohlensteuer nicht ertragen könne, aber die Wirkung der Kohlensteuer ist, daß er über acht Milliarden Mark für Lebensmittelpreiserhöhung zahlen muß, daß die Eisenbahn nicht zuletzt durch die Wirkung der Kohlensteuer ein ungeheures Defizit aufweist. Solange eine Weltkohlennot besteht und die Kohlenpreise auf dem Weltmarkt eine steigende Tendenz hatten, konnte man sich zur Rot mit der Kohlensteuer noch abfinden. Seit drei Monaten aber erleben wir in allen anderen Kohlenbergbau treibenden Ländern einen rapiden Rückgang der Kohlenpreise, der ohne Zweifel weitere Fortschritte macht. Die Industrien der übrigen Länder werden durch die Preisentwicklung auf den übrigen Märkten wesentlich belebt, weil sie allmählich zu niedrigeren Selbstkosten kommen. Die „Sanktionen“ der Entente vertreiben uns von den Märkten der Alliierten. Wir sind gezwungen, dafür einen Ersatz auf den Märkten der Neutralen zu suchen. Dort werden uns aber die verbilligten Kohlen der Ententeländer und sogar unserer eigenen Reparationskohle eine erfolgreiche Konkurrenz machen. Wir stehen also vor der bedrohlichen Situation, daß uns die Kohlensteuer in kurzer Zeit vom Weltmarkt überhaupt abdrängt.

Die Aufhebung der Kohlensteuer würde unserem Wirtschaftsleben einen neuen Impuls geben. Sie würde die Selbstkosten aller Industriezweige und vor allem auch in der Landwirtschaft, die von dem Kohlenpreis viel abhängiger ist, als man annimmt (Ammoniak, Kraft, Thomaschlacken usw.) in der wohlthätigsten Weise beeinflussen. Sie würde auf unsere Autos ohne Zweifel eine bessere Wirkung ausüben und sie würde vor allem neue erschöpfte Lohnkämpfe überflüssig machen. Die Formel: „Preisabbau, Verringerung der Selbstkosten“, hat die schleunigste Aufhebung der Kohlensteuer zur Voraussetzung. Das Loch im Sack des Reichsfinanzministers wird durch die Aufhebung der Kohlensteuer sich ganz von selbst schließen, wie die Wunde sich schließt, wenn man den Fremdkörper herauszieht.

Man könnte noch einwenden, daß durch die Aufhebung der Kohlensteuer auch der Entente ein Geschenk gemacht werde, da uns nach dem Friedensvertrag für unsere Kohlenlieferungen nur der deutsche Inlandspreis angerechnet wird, auf Reparationskonto gutgeschrieben wird. Der Umstand kann nicht entscheidend sein. Heute schon werden deutsche Reparationskonten in Holland unter dem deutschen Inlandspreis offener und zwischen uns und der Entente ist noch so viel zu berechnen und zu berücksichtigen, daß man auch über diese Frage nicht zu klagen braucht. Wir können nicht auf Rücksicht auf unsere Kohlenlieferungen und die Zahl, die man uns dort gut schreibt, unsere Produktionsfähigkeit und unsere Absatzmöglichkeiten unterbinden und wir dürfen einen kleinen Vorteil nicht mit ungeheuren Nachteilen bezahlen.“

Aufgaben der Betriebsräte.

In voriger Nummer der „Bergarb.-Ztg.“ haben wir dargestellt, welche wichtigen Funktionen die Betriebsräte bei der Bekämpfung der Unfallgefahren im Bergbau, bei der Durchführung der Tarifverträge und bei Gründungen und Entlassungen der Arbeiter durch die Unternehmer auszuführen haben, und daran die Bemerkung geknüpft, daß nur gewerkschaftlich gebildete, auf dem Boden des A.O.G. stehende Betriebsräte dieser Aufgabe gerecht werden können. Das haben wir mit sachlichen Argumenten belegt. Erfordern aber diese für die Bergarbeiter beachtenswerten Aufgaben eine sachliche und energische Interessensvertretung, so dürfen die sich aus § 70 (Aufsichtsrat), § 71 (Betriebsrat) und § 72 des A.O.G. (Bilanzprüfungsrecht) ergebenden Verpflichtungen und die Kontrolle der Produktion, deren Durchführung der erste deutsche Betriebsrätekongress den Betriebsräten zur Pflicht machte und als eine der ersten Aufgaben der Betriebsräte bezeichnete, einen erheblichen Anstoß auf systematische, gewerkschaftliche und gemeinwirtschaftliche Arbeit erheben. Die Betriebsräte sind berufen, durch planmäßiges Eindringen in die Produktionsverhältnisse Einfluß zu gewinnen auf die Erzeugung und Verteilung der Güter zum Besten der Allgemeinheit. Darüber hinaus haben sie die Vorarbeit zu leisten für die Ueberführung der kapitalistischen Profitwirtschaft in die sozialistische Bedarfswirtschaft.

Die praktische Ausführung bedingt neben dem zielklaren und energischen Willen aller Arbeiter und Angehörigen in den Betrieben die geistige Fähigkeit, sich — allem Widerstand der Unternehmer zum Trotz — in die heutigen, durch moderne technische und kaufmännische Organisationsmittel oft komplizierten Betriebsbetriebe Einblick zu verschaffen. Die Frage, wie das jetzt schon auf Grund des A.O.G. in seiner jetzigen Fassung geschehen kann, ist von großer Bedeutung. Die rechtlichen Grundlagen hierzu bieten die §§ 66-72 des A.O.G., wonach die Betriebsvertretungen (Arbeiter und Angestellte) für einen möglichst hohen Stand und für möglichstste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen haben, an der Einführung neuer Arbeitsmethoden fördernd mitwirken sollen, und wonach ihnen weiter die Aufgabe, den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren, zufällt.

Auf Grund dieser Rahmenbestimmungen des A.O.G. sind dann in den §§ 70, 71 und 72 die Ausführungsbestimmungen für die Betriebsvertretungen enthalten, die sie berechnigen, von den Unternehmern zu verlangen, mindestens vierteljährlich einen Bericht über die Lage und den Gang des Unternehmens und des Gewerbes im allgemeinen, ferner über die Leistung des Betriebes und den zu erwartenden Arbeitsbedarf im besonderen zu erstatten (§ 71).

Das Bilanzprüfungsrecht (§ 72), welches die Vorlegung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung vorschreibt, findet eine Regelung durch das am 6. Februar 1921 verabschiedete Gesetz, dessen gesetzliche Bestimmungen wir nachstehend wiedergeben:

Belastung der Kohlen.

Die amtlich veröffentlichten Kohlenverkaufspreise sind zu verstehen einschließlich der vom Reich erhobenen Kohlen- und Umsatzsteuer von 22,2 Prozent und der behördlich festgesetzten Zuschläge für Bergmannswohnungen von 6 Mk. und für die Befrachtung von Lebensmitteln für die Bergarbeiter von 2 Mk. je Tonne. Wie stark die Kohlen hierdurch belastet sind, ergibt sich aus einer Gegenüberstellung der Verkaufspreise im Rhein-Westf. Kohlenyndikat einschließlich und ausschließlich der genannten Abgaben. Danach schwanken die Verkaufspreise ab 1. Mai 1920 je Tonne (in Mark):

	einschl. Abgaben	ausschl. Abgaben
Zellkohlen	zwischen 194,70+298,-	143,48+177,16
Gas- und Gaslammkohlen	194,70+298,-	143,48+177,16
Echtkohlen	196,90+269,70	140,62+197,16
Wagerkohlen, östl. Revier	187,10+269,-	137,56+201,23
Wagerkohlen, westl. Revier	185,90+298,10	138,16+223,92
Schläm- u. minierw. Feint.	25,10+75,80	11,53+50,97
Stots	114,-+343,50	89,69+259,24
Brütts	361,60+365,10	273,34+276,05

Die Belastung der angeführten Kohlenarten schwankt danach zwischen 13,57 Mk. und 89,05 Mk. je Tonne. Schläm- und minderwertige Feinkohlen, die jetzt mit 13,57 Mk. Abgaben je Tonne belastet sind, wurden in der Vorkriegszeit überhaupt nicht verkauft, weil sie niemand haben wollte. Die Richtpreise für die übrigen Kohlenarten schwanken ab 1. April 1914 zwischen 1,75 Mk. und 21,75 Mk. je Tonne. Allein die Abgaben sind also heute um das Dreifache höher, wie damals die Preise.

Gesetz über die Jahresbilanz und die Betriebsgewinn- u. Verlustrechnung.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:
§ 1. Die nach § 72 des Betriebsverfassungsgesetzes vom 4. Februar 1920...

Geldwert, d. h. die Kaufkraft des Lohnes, sinkt. Das verhängnisvollste ist aber, daß auch gleichzeitig das Bauen teurer werden muß. Die Bauarbeiter werden einen den sich verteuernenden...

zu ersetzen ist, wieviel Ueberschichten verfahren wurden, welche Menge eingekauft und welcher Preis dafür bezahlt wurde. Der Preis, den die Bergleute für die Ware bezahlt haben, ist im voraus festgestellt...

§ 2. Zur Erläuterung der Betriebsbilanz ist über die Bedeutung und über die Zusammenhänge der einzelnen Bilanzposten Auskunft zu geben. Die Auskunft muß sich auf die Unterlagen der Bilanz...

Den Beweis, daß es anders gehen würde, können die Verächter des Gedankens der „Heimstättenbewegung“ nicht erbringen. Dieses aber ist der wahrscheinliche Verlauf, und so bleibt dem Verantwortlichen die Sorge, die sich diesem Gedanken...

Die Nachprüfung beim Zechenverband. Die Einkaufspreise für Schmalz beim Zechenverband in Essen festsetzen der Kommission außerordentlich hoch. Da die Abrechnungen für die einzelnen Lieferungen oft bis zu 100 Waggons sehr summarisch gehalten...

Land und Geld für Heimstätten.

Es ist im Volk ein großes, sehr zu begrüßendes Sehnen nach der eigenen Heimstätte vorhanden. Es war schon vor dem Kriege in geringem Maße als Reaktion auf die entsetzlichen Wohnungsverhältnisse unserer Großstädte...

Prüfung der Verbilligungsfonds für Bergarbeiter.

Im Auftrage der Bergarbeiterverbände und im Einverständnis mit dem Reichsarbeitsministerium ist durch eine Kommission am 17., 18., 19. und 20. Januar 1921 beim Reichsarbeitsministerium in Berlin eine Prüfung über die Verwendung der zur Verbilligung von Lebensmitteln...

Besondere Ursachen der hohen Preise waren: 1. Verwendung alter, unglücklicher Devisen. Dem Zechenverband waren vom Kohlenindustriellen Devisen zur Verfügung gestellt...

Table with columns: Einnahme, Ausgabe, Bestand am 4. Januar 1921. Includes items like '1. laut Zusammenstellung August-Dezember' and '2. Vorläufige zum Lebensmitteleinkauf'.

Table for 'Belgien für:' with columns for months (August, September, Oktober) and amounts (2 700 000, 3 100 000).

Die Ausgaben sind jetzt schon wesentlich höher als die Einnahmen in den beiden Fonds. Bei dem Fünfgoldmarktfonds entsprechen die Ueberschreitungen aus den Vertragsländern nicht dem erwarteten Maße. So hat Frankreich erst bezahlt für:

Es wurde in mehreren Fällen ein Uebergewicht festgestellt. Bei letzterem hatte der Zechenverband beim sein Lagerhalter ein höheres Gewicht an die Zechen geliefert und berechnet, als ihm aus dieser Lieferung selbst berechnet war.

3. Die Lager- und Verteilungskosten. Die Lagerung und Verteilung durch eine Essener Großhandelsfirma. An Untertagen wurden für je 100 Tonne Schmalz berechnet:

1. Ausladen aus dem Waggon	0,70 M.
2. Einlegen-Verwiegen	0,70 "
3. Prüfung u. Repar. d. Verpackungsmaterials	1,70 "
4. Sachverständigenkontrolle	3,30 "
5. Lagergeld	0,70 "
6. Gleisanfahrgeld	1,25 "
7. Auslieferung an die Zechen	3,25 "

Zusammen 12,20 Mk.

Später wurde dieser Satz erhöht auf 13 Mk. und bis 15. Nov. 1920 beträgt der Gesamtunterkostenfaktor 14,50 Mk. Für Eped betragen die Unterkosten ab 16. November 17,50 Mk., für Butler 13 Mk., für Stäßbeife 12,50 Mk. pro 100 Tonne. Die Unterkosten erheben sich, jedoch konnte die Kommission die Berechtigung derselben nicht nachprüfen.

Mit schon bereits an anderer Stelle gefaßt, die Kommission auf Stichproben beschränken. Die gewünschten Unterlagen, besonders zu den Epeden, sind in der Revisionszeit nicht alle vorgelegt worden. Um eine genaue Prüfung der Verwendung der Zehisen, der Gewichtverluste, der entstehenden Unterkosten, der Höhe der Einkaufspreise vornehmen zu können, wäre erforderlich gewesen, daß über die Verbilligungssaktion getrennt von allen anderen Geschäftsvorfällen des Zechenverbandes, besonders auch die Zehisen, die Kommission empfindet, den Zechenverbänden zu veranlassen, daß nachträglich noch die Geschäftsvorfälle nach kaufmännischen Grundsätzen verbucht werden.

Das Reichsarbeitsministerium hat zu jeder Zeit den Zechenverband zur schnelleren Erledigung der schwachen Angelegenheiten gedrängt. Da bis heute bereits circa 5 Millionen Mark an Zinsen gezahlt wurden, ist es notwendig, daß alle schwebenden Differenzen zur Entlastung von Zinsen schneller erledigt werden. Das Reichsarbeitsministerium hat bis zur einwandfreien Rechnungslegung des Zechenverbandes die Anweisung von fast 100 Millionen Mark verweigert. Die Kommission kann dieses nur rückhaltlos billigen, empfiehlt aber auch, eine schnellere und für längere Zeiten bestimmte Abrechnung. Sie empfiehlt ferner, auf diese Weise die Beschaffung und Verteilung der verbilligten Lebensmittel nicht vorteilhafter im Interesse der Bergarbeiter gefaßt werden kann.

Soll das nun die berühmte kaufmännische Nichtigkeit des Unternehmertums sein? Weil wir nicht gleich glauben wollen, daß es Wertung ist, so müssen wir annehmen, daß es vollkommenste Unfähigkeit ist, gepaart mit der natürlichen Neigung der Privatkapitalisten, aus jeder Sache Geld zu machen. Gewinn, Gewinn und nochmals Gewinn — gleichgültig, wie er zustande kommt! Brutale Rücksichtslosigkeit gegen Mitmenschen ist die natürliche Begleiterin kapitalistischer Gewinnucht. Der Wertig zeigt uns so recht das die Volkswirtschaft schädigende Gift des so sehr gepriesenen Intuitivgenies der privaten Wirtschaft. Den Arbeitern kann die Schädlichkeit dieses Giftes nicht besser vor Augen geföhrt werden; besser kann nicht nachgewiesen werden, daß wir keine Unternehmer brauchen, daß ihr Vorhandensein überflüssig ist und daß sie unsere Wirtschaft nur ruinieren.

Wir sind froh, daß die Lebensmittelverteilung endlich diesen wichtigen Geschäftszweigen aus den Händen genommen ist. Es ist kaum, daß Mühseligkeit die Konsumgenossenschaften die Verteilung vornehmen werden. Wenn jedoch die Kommission erklärt, daß die Reichsstellen mit der größten Sorgfalt die Interessen der Bergleute gewahrt hätten, so geht man nicht zu bemerken, daß wir nicht ganz dieser Meinung sind. Wir erlauben uns die Frage, ob diese Reichsstellen die Prüfung auch ohne das Drängen der Bergarbeiterverbände hätten vornehmen lassen, ob dann beim Zechenverband überhaupt nachgeprüft worden und ohne diese Nachprüfung eine Verberung in der Lebensmittelversorgung erfolgt wäre?

Nachrichten aus der Montanindustrie. Tiefste Ausdehnung des Stinneskongerns.

Der Stinneskongern hat von der italienischen Fiat-Gesellschaft 200 000 Aktien der großen österreichischen Alpen Montanunternehmung übernommen. Da der Kaufpreis pro Aktie 1000 Mark beträgt, werden für die Aktien zusammen 200 Millionen Mark zu zahlen sein! Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die deutschen Erubenbesitzer klagen, es fehle ihnen an dem nötigen Kapital für die technische Erneuerung ihrer heimischen Anlagen, dann staunt man doch über die gewaltigen Millionensummen, die von einem deutschen Werkkongern für ausländischen Erwerb ausgegeben werden können. Diese riesigen Anläufe werden auch in der Ententepresse kritisch besprochen und verleiten sie zu der Auffassung, Deutschland sei immer noch ein reiches Land, es könne viel mehr zahlen, als seine Regierung in London behauptet habe. Die Situation Deutschlands wird dadurch sehr verschlechtert. Wie verlaute, soll der Stinneskongern (Kleinste-Union-Stemens) die Alpen-Aktien erworben haben, um zwischen dem österreichischen und den reichsdeutschen Werken einen starken Austausch von Kohlen bzw. Holz und Erz zu organisieren. Unterseits hören wir, die deutschen Werke litten unter Kohlen- und Holzsmangel, wie kann man eine größere Ausfuhr zulassen? Warum werden die guten Eisenerze aus Rassa-Siegen in so unzureichendem Maße veräußert? Die heimischen Erze müssen doch das Vozugsrecht haben!

Schwere Abwärts im britischen Kohlenbergbau.

Der Auslandsabsatz an britischen Kohlen ging im Februar auf rund 1,80 Mill. T. und blieb damit um mehr als 650 000 T. hinter der vorjährigen Februarzufuhr zurück. Der Wert der Ausfuhr fiel von 9,80 auf 4,24 Mill. Pfund Sterling (1 Pfund Sterling = 20,20 Mk. Friedenskurs). Deutlicher kann die Schwächung der Nachfrage nach britischen Kohlen kaum in Erscheinung treten als in vorgenannten Zahlen. Im Januar d. J. wurden insgesamt 2,88 Mill. T. exportiert (einschließlich Bunkerkohle) gegen 4,06 im Januar 1920 und 8,13 im Januar 1918. Man beachte den starken Fall seit 1920 und den noch viel stärkeren gegenüber 1918! Voriges Jahr rechnete man noch mit einer mehrjährigen Kohlennot und bot alles auf, um die Förderung zu steigern. Heute wird die Förderung auf mehreren Wochentagen eingestellt und trotzdem genügt die Nachfrage nicht, um die stark beschränkte Förderung unterzubringen. Die amtliche Kontrolle über die Kohlenwirtschaft tritt am 31. März außer Kraft. Die Bergleute protestieren dagegen. Der Gegensatz zwischen Arbeitern und Kapitalisten ist so scharf geworden, daß mit einer großen Arbeitslosigkeit am 1. April gerechnet wird. Der unglückselige Versailler Friedensvertrag, das Spa-Abkommen und die neuen militärischen Sanktionen gegen Deutschland lähmen das europäische Wirtschaftslieben. Unsere britischen Kameraden sind auch die Leidtragenden.

Englische Kohlen- und Eisenpreise.

Der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen wir folgende Uebersicht der Preisentwicklung in England (pro Tonne):

Jahr	Kohle		Eisenbarren		Zusatzwert
	Schilling	Pfund Sterling	Schilling	Pfund Sterling	
1901-05	46,6	6	6	11,0	17,0
1. 1. 1914	50,6	6 1/2	7 1/2	15,0	21,6
1. 7. "	51,6	6	7	14,6	21,6
1. 1. 1915	54,0	6 3/4	8	13,0	21,6
1. 1. 1916	78,0	11	13	23,6	26,0
1. 7. "	87,6	11 1/2	13 1/2	25,0	26,0
1. 1. 1917	87,6	11 1/2	15	30,0	24,0
1. 7. "	93,6	11 1/2	15	30,6	24,0
1. 1. 1918	95,0	10 1/2	13 1/2	30,0	26,6
1. 7. "	95,0	10 1/2	13 1/2	32,6	25,9
1. 1. 1919	95,0	10 1/2	14 1/2	32,6	25,9
1. 7. "	160,0	15	20 1/2	32,6	25,9
1. 10. "	160,0	16 1/2	22	38,6	31,6
1. 1. 1920	160,0	17 1/2	22 1/2	38,0	31,6
1. 4. "	200,0	21	26	38,0	36,6
1. 7. "	217,6	23	30	42,0	40,0
1. 10. "	225,0	25	30	42,0	40,0
1. 1. 1921	225,0	25 1/2	27 1/2	42,0	40,0
1. 2. "	215,0	21	27 1/2	42,0	40,0
jetzt	150,0	18	22	47,6	47,6

Den Höhepunkt der Preisentwicklung bezeichnet hiernach bei den Eisen- und Stahlpreisen die Jahreswende 1920/21; aber der Preisstand hält sich trotz der letzter eingetretenen Rückbildung immer noch stark über den Preisen, wie sie z. B. gegen Ende des Krieges bestanden. Allgemein sind die englischen Kohlen- und Eisenpreise bei weitem nicht so weit ungeheuer hinaufgefahren worden wie die deutschen. Die beste Newcastle-Kohle ist seit 1914 nur dreifach teurer geworden, die deutsche Kohle aber fünfzehn- bis zwanzigfach. In jüngster Zeit sind die britischen Kohlen- und Eisenpreise weiter gefallen.

Ueber Frankreichs Kohlenversorgung

schreibt Kamerad Döfler unter Benützung amtlicher Zahlen in sehr instruktiver Weise:

Frankreich, das schon in der Vorkriegszeit seinen eigenen Kohlenbedarf nur zu zwei Dritteln aus seiner Produktion decken konnte, war in einer sehr üblen Lage und hatte Anspruch auf Ersk. Die damaligen Voraussetzungen sind aber heute in ihrem vollen Umfang nicht mehr vorhanden. Die Lage hat sich sehr für Frankreich gebessert, wie aus den Produktionsziffern und seiner Kohleneinfuhr für 1920 ersichtlich ist. Die angegebenen Zahlen sind hier- und dort nicht ganz übereinstimmend, doch Frankreichs Kohlenbedarf mehr als gedeckt ist. Es fanden diesem Land folgende Kohlenmengen, einschließlich Erzkohle und Koks, zur Verfügung:

Förderung im alten Staatsgebiet	1913	1920
in Elsas-Lothringen	40 050 888 T.	22 099 778 T.
Eingeföhrt aus England	11 422 000 "	13 434 589 "
aus Belgien	4 849 000 "	1 158 054 "
aus Amerika u. and. Länd.	2 066 000 "	3 574 183 "
aus dem Saarrevier	—	4 420 000 "
aus Deutschland	6 068 000 "	14 053 893 "
Summa	61 466 888 T.	61 914 973 T.

Die Kohlenproduktion des Saarreviers und Elsas-Lothringens stand 1913 zur Verfügung Deutschlands. Gegen die Zahlen könnte eingewandt werden, daß durch die Vergrößerung des französischen Staatsgebietes sich auch der Kohlenverbrauch im gleichen Umfang vergrößert habe. Eine solche Annahme wäre aber unrichtig. Das Saarrevier hatte 1920 eine Kohlenproduktion von 9 110 433 Tonnen. Durch Eisenbahn-, Bau-, Inbetrieb- und Zechenstillverbrauchen wurden im Saarrevier 4 420 000 Tonnen ausgeführt und der verbleibende Rest von 4 690 433 Tonnen nach Frankreich eingeföhrt, so daß Frankreich für die Kohlenbedürfnis in diesem Gebiet nicht mehr zu sorgen brauchte. Im Jahre 1913 war der Kohlenverbrauch im Saarrevier rund 1 300 000 T., höher wie 1920. Elsas-Lothringen hatte 1913 einen Kohlenverbrauch einschließlich des Zechenstillverbrauchs von 8 1/2 Mill. T. Seine Förderung betrug 1920, wie aus der Aufstellung ersichtlich, 3 174 526 T. Es könnte angenommen werden, daß Frankreich in diesem Gebiet einen größeren Zuluß hätte leisten müssen. So groß wie die Differenz zwischen dem Verbrauch von 1913 und der Produktion von 1920 ist jedoch der Zuluß nicht im entferntesten. In Elsas-Lothringen sind 65 Hochöfen. Ein Hochofen verzehrt so viel Koks wie eine recht anscheinliche Stadt, aber im Februar 1921 waren von diesen 65 Hochöfen nur 27 im Betrieb und 38 waren außer Betrieb gesetzt, aber nicht infolge Kohlenmangels, wie das leider für stillgelegte Hochöfen in Deutschland zutreffend ist. Der Kohlenverbrauch in Elsas-Lothringen wird 1920 kaum 5 Mill. T. übersteigen haben, so daß zur eigenen Produktion nur noch ein Zuluß von 1 1/2 Mill. T. zur Bedarfsdeckung erforderlich gewesen sein dürfte.

In Uebereinstimmung mit wiederholten Auslassungen der Bergarbeiter-Zeitung“ bringt Kamerad Döfler die Ansicht Deutschlands zur Uebersichtmachung in Anlehnung der Behauptungen in Nordfrankreich. Er schreibt: „Die im Verklärungsgebiet liegenden Bergwerke förderten 1913 18 600 000 T. Kohle und 1919 nur 882 000 T. Meine Auffassung ging dahin, daß Deutschland für diese Verhältnisse besonders deshalb einzuhalten hätte, weil sie nicht durchweg eine Kriegsfolge gewesen waren, sondern vielfach plötzliche beim Rückzug in letzter Stunde beschlossen und ausgeführt worden waren, als ob man damit das „Kriegsgeld“ noch hätte wenden können. Es waren Wohnstätten unüberlegter Militärs, die auch von hohen deutschen Bergwerksbeamten, die an Beschäftigungen in Nordfrankreich teilgenommen hatten, als solche erkannt und bezeichnet wurden.“

Im Januar 1920 betrug die französische Kohlenförderung 2 427 583 T., die Belegschaft 228 903 Arbeiter. Die Februarlieferungen deutscher Kohlen an die Entente haben sich wieder auf rund 2 Mill. T. belaufen. Von den rheinischen Braunkohlenerzkohle nahmt die Entente nur noch 25 000 Tonnen gegen früher 125 000 monatlich ab. Dafür sollen wir mehr beste Koks- und Steinkohle liefern. Die Bergleute in Frankreich, Belgien und Großbritannien aber leiden unter Arbeitsmangel! Ein unheilbarer Zustand.

Amerikanische Kohlenausfuhr.

Im Jahre 1920 führten die Vereinigten Staaten von Nordamerika 20 432 000 T. Kohlen aus, wovon 13 385 000 nach Europa gingen. 1918 empfing Europa noch keine halbe Million Tonnen Kohle aus Amerika. Da 1920 insgesamt 645 Mill. T. Hart- und Weichkohle geföhrt wurden, beträgt der Export nur 3-4 Prozent von der Förderung. Deutschland exportierte 1913 von seiner Steinkohlenförderung über 23 Prozent. Der britische Export betrug sogar über 35 Prozent von der Förderung.

Internationaler Petroleumstreik.

Deutsche, französische, holländische und schweizerische Großfirmen in der Petroleumindustrie haben sich in einem internationalen privatrechtlich-ökonomischen Bund zur möglichst starken Ausbeutung der Petroleumvorkommen zusammengeschlossen. Auf deutscher Seite vertritt die Internationalität der Petroleumkapitalisten die Diskonko-Gesellschaft (Berlin), an der auch eine Reihe rheinisch-westfälischer Bergwerksunternehmer stark interessiert ist. Bankiers in Paris, Haag, Zürich, Basel, bilden den Verwaltungsrat des Trufts. Es ist doch merkwürdig! Wenn die Arbeiter sich international verständigen, so heißt man sie „vaterlandslose Gesellen“ zu titulieren. Wären Kapitalisten einen internationalen Ausbeutungstreif, dann rüfete eine seltene Presse auf dem Bauh vor dieser „weisschauernden Genossenschaft“.

Internationale Rundschau.

Was tut die kirchliche Internationale?

Wer nicht zu den politischen Feinden gehört, dem ist bekannt, daß es die Gewohnheit der „nationalen Parteien“ war und ist, alle, die nicht in das nationalstaatliche Horn tüteten, zu den „Reichsfeinden“ zu werfen. Der Zentrumspartei geschah das jahrelang; sie wurde bekanntlich „ultramontan“ genannt, womit gesagt sein sollte, daß sie sich von einer Stelle „über dem Berge“ („ultramontan“), soll heißen: von „römischen Interessen“ bestimmen ließ. Gegen diese Verbächtigung haben die Zentrumskreise stets protestiert. Heute erleben wir, daß Zentrumsjournalisten genau dieselbe Unanständigkeit gegen uns anwenden, die sie früher von den bismarckischen Kartellparteien erduldeten. Die Ablehnung des Schiedsgerichts durch die Verbändler, so unterstellt die Zentrumskorrespondenzfabrik, sei geschähen aus Liebedienerei vor den ausländischen Bergleuten, die Feiertaglichen machen wegen Wälsungsmangel. Natürlich ist das ein nichts nütziger Entwurf. Der Vorstand des christlichen Gewerksvereins, der die Kündigung der Uebersichtlichen mitgeschaffen hat, kann das der Korrespondenzfabrik bestätigen. Unseren Kameraden Sue insbesondere beschuldigt die Korrespondenz, keine Rücksicht auf deutsche, sondern auf die ausländischen Interessen zu nehmen. Dasselbe wurde den zentrumsparteilichen „Ultramontanen“ jahrelang vorgeworfen. Es haben aber doch auch die Kirch-Underschen Gewerksvereiner, die christlichen Zechenarbeitler, sogar die Selben den Schiedspruch abgelehnt. Die Polen nähmen noch keine Stellung in einer Revisionseren. Sind das auch „Agenten des Auslandes“? Die Zentrumskorrespondenz fordert den Kameraden Sue auf, auf die englischen Bergleute einzuwirken, daß sie sich gegen das Spa-Abkommen wenden. Das hat Sue längst und öfter getan, indem er den ausländischen Kameraden vorstellte, daß das Spa-Abkommen auch ihre Interessen nicht fördere, darum ein vernünftiges Abkommen geschaffen werden müßte. Diese Mahnung ist ja auch nicht ohne Erfolg geblieben. Die englischen Bergleute haben sich gegen das Spa-Abkommen erklärt, die belgischen Bergleute haben die Einstellung der deutschen Kohlenlieferungen verlannt! In Genf haben alle Bergarbeiterverbände ein internationales Arbeitsvertragsamt verlannt, das die Nachverhandlung von den Uebersichtlichen und den Zentrumsgelehrten

lieren soll. Wenn aber die internationale Arbeiterfortschritt die nationalstaatliche und kapitalistische Profitpolitik überwinden soll, dann darf man vor allen Dingen nicht, wie das nun durch die Zentrumspresse geschieht, mit höhnender Geringschätzung über das internationale Zusammenwirken der Arbeiter urteilen. Oder glaubt man dadurch die deutschen Interessen zu fördern, wenn man den ausländischen Kapitalistenblättern immer wieder lieber Stoff liefert für die nationalstaatliche Verheugung der Arbeiter? Der französische Gewerkschaftsbund hat sich nun wieder in anerkannter Weise für das Zusammenarbeiten mit deutschen Arbeitern beim Wiederaufbau Nordfrankreichs ausgesprochen. Am 31. März soll eine internationale Gewerkschaftskonferenz in Antwerpen erneut Stellung nehmen zu der auch von deutschen Regierungsvertretern befürworteten Beteiligung deutscher Arbeitlerkämpfe am Wiederaufbau. Die französischen Kapitalisten sind dagegen, aber die deutsche Zentrumspresse unterstützt, indem sie die internationale Arbeiterfortschrittlichkeit verhöhnt, die französischen Nationalisten.

Angesichts dieses Treibens muß man auch einmal fragen: Was ist und tut die kirchliche Internationale zur Unterstützung des niedergeworfenen Deutschlands? Die Arbeiterinternationale ist eine noch junge Bildung. Die Internationale der Kirche ist dagegen über ein Jahrzehnt auf dem Fuß. In den Ländern mit uralten christlichen Kirchengemeinschaften wirken zahlreiche Laufende Prediger der christlichen Nächstenliebe. Was haben sie getan und erreicht zur Verhinderung des massenhaften Krieges? Was hat diese uralte, mächtige Internationale getan, um uns Deutsche vor dem Ansehensverlust des Versailles, vor den „Sanktionen“ zu bewahren? Wo hat ein internationaler Kongreß kirchlicher Würdenträger stattgefunden und seine Stimme erhoben gegen Siegerdiktat und Westlegnung? Die relativ wenigen Stimmen der dem unerfahrenen Geiste christlicher Nächstenliebe befehlter Kirchenvertreter sind überwältigt worden von der unendlich viel größeren Zahl solcher Prediger, die Kriegesreden hielten und so den Vorkriegsgeist verteilten. Die auf die Gemüter ihrer noch Hunderten von Millionen zählenden Genossen erfahrungsgemäß außerordentlich einflußreiche kirchliche Internationale hat vor dem Kriege, während des Schicksals und nach dem Verhörungsbericht völlig versagt. Sie, die tausendjährige, mächtigste Internationale der Welt war nach den Lehren des Testaments berufen und verpflichtet, in erster Linie das Schicksal und die Anhebung dieser Millionen zu verhüten. Sie hat völlig versagt! In den Ländern, wo die kirchliche Internationale am längsten und festesten wurzelt, hat die Kriegesurie am schlimmsten gehauet. Woraus der Schluß zu ziehen ist, daß die hehre, echt christliche Humanitätsmahnung: „Tu sollst nicht töten!“, in der herberstlichsten Weise mißachtet worden ist. Kann die Zentrumskorrespondenz diese furchtbare Tatsache ernstlich bestritten? Nein! Das schauerliche Verhängnis des Krieges liegt an!

Der am letzter Stelle in dieser Nummer stehende Aufruf der englischen Arbeiter ist gleichfalls ein bereites Zeugnis internationaler Arbeiterfortschrittlichkeit. Wo kann die alte, große kirchliche Internationale Gleichbedeutendes nachweisen?

Aus dem Kreise der Kameraden. Ueberbergamtsbezirk Dortmund. „Die Religion ist in Gefahr!“

Wenn die Zentrumspresse in der Alteme sieh, löst sie den Schrei aus: „Die Religion ist in Gefahr!“ Das uralte Wehensmittel! Vor bald einem Monat stellte die „Bergarb.-Ztg.“ in ihrer Betrachtung des Ausfalls der Preußenwahl die Tatsache fest, daß die vielen Stimmen der Kommunisten in den Bezirken mit vorwiegen katholischer Bevölkerung „bemerkenswerter“ seien. Drei Wochen später — inzwischen war der falsche Schiedspruch geföhrt! — entbedt man in der herrlichen Korrespondenzfabrik, daß diese Bemerkung — eine unerhörte Verleumdung der „Katholiken“ sei! Daß du die Nase im Gesicht behältst! Die Tatsache, daß in früheren Zentrumshochburgen, so in den Bezirken Oberhausen, Hamkorn, Voltrop, Suer, Essen, Gelsenkirchen usw. bei der Preußenwahl außerordentlich viele kommunistische Stimmen abgegeben sind, bekräftigt die Zentrumskorrespondenz mit keinem Wort, gibt sie also zu. Was soll da die künstlich zur Schau getragene „Entrüstung“? Daß „bleichliche Verleumdung“, wo die gelben Organisationsgenossen gepöbeln wurden, die Herbe selbstgewählter Streiks sind“, hat kein Geringeres als der Zentrumshochgeborene Reichsminister Giesberts am 9. März 1919 in der Nationalversammlung (Weimar) konstatiert. Es ist ferner eine unrichtige Tatsache, daß unter den vordem selbst „reichsfeindlich“ und „königsfeindlich“ Anhängereimern im Mansfeldischen und im Erzgebirge die Moskowiter heute einen außerordentlichen Einfluß gewonnen haben. Sind die Selben etwa unsere Erziehungsfrüchte? Man kann sich denken und wenden wie man will, die vielen kommunistischen Stimmen in früheren Hochburgen der Zentrumspartei im westfälischen Industriegebiet kann man nicht aus der Welt schaffen. Uebrigens muß der wirkliche Kommunismus keineswegs christentumsfeindlich sein. Die Mahnung zur Weggleichheit: „Wer zwei Röcke hat, der gebe dem, der keinen hat“, ist ein Bibelwort, das freilich gerade von Leuten, die ihr Christentum auf allen Geffen ausschreien, am wenigsten befolgt wird. Die ersten Christengemeinden und die bedeutendsten der alten Kirchenbäter haben in der kommunistischen Güterverteilung keinen Verstoß gegen die Christuslehre erblickt. Allerdings hat der „Kommunismus“, den wir aus moskowitzisch-kommunistischen Organen kennen lernen, mit dem idealen Kommunismus gar nichts zu tun. Dieser „Kommunismus“ ist eine halbstaatliche Nachgeburt des despotischen Jazismus. Ohne die Verhörung der Menschheit durch den wahren Krieg wäre der Gewaltkommunismus ein unbedeutendes Pfänzchen geblieben. Da die Zentrumspresse in sehr unchristlicher Weise heftig in die Kriegespojaune geföhren hat, ist die große Stimmenzahl der kirchlichen Neukommunisten in früheren Zentrumshochburgen nicht unbegreiflich. Westwegen der „Bergarb.-Ztg.“ anhängen zu wollen, sie beschimpfe die christliche Religion, finden wir durchaus nicht christlich.

Unionistische Wirtschaft.

In der Union krachst! Schon in Nr. 5 der „Bergarb.-Ztg.“ veröffentlichten wir einen Aufruf der Opposition, worin u. a. gesagt wurde, die Union sei aus einer angeblichen Kampforganisation zu einem kapitalistischen Verein herabgefallen. Die führenden Geister hätten es trefflich verstanden, die Schachtableute einzusetzen, daß sie ihre Zustimmung zum Kauf von drei Geschäftshäusern in Gelsenkirchen gaben, ohne die Mitglieder in Kenntnis zu setzen. Die Bureaukraten wollten keine Revolution mehr, sondern schauten sich nach einem schönen gemüthlichen Heim. Die Union sei nicht mehr Mittel zum Zweck der Revolution, sondern Selbstzweck der Wagner, Vogentel, Witt, Vartels usw. geworden, die den Glauben an die heilige Sache des Proletariats aufgegeben hätten. So weit sei die Union gekommen durch die Vongewirtschaft. Beim Streik auf dem Gelsenkirchener Gussfabrikwerk sei kein Geld zur Unterstützung vorhanden gewesen, aber für ein ruhendes Angehörige mit Monatsgehältern von 2000 Mark würden die fauer verdienenden Großen aufgebracht. So könne es nicht weiter gehen. Der Geschäftsleitung in Gelsenkirchen müßten von den Schachtorganisationsleitern sofort die Gelder gesperrt werden, damit sie nicht länger die Hände waschen können in den Blutgroßen der Mitglieder. Wenn Mann und keinen Großen dem Vongentium!

Dieser Aufruf ist nur ein kleines Vorbild! Nun erfahren wir, daß fast alle Sitzungen und Konferenzen der Union in persönliche Streitigkeiten ausarten und ernste Gewerkschaftsarbeit im Interesse der Mitglieder überhaupt nicht geleistet wird. Die Mitglieder des Bezirkswirtschaftsrates fernen von gewerkschaftlichen und politischen Fragen nichts. Die Union gibt für ganz Deutschland 100 000 Mitglieder an. Die angeschlossene Gruppe, die

Bergarbeiter, Metallarbeiter, Innenschiffer usw., hätten aber nur etwa 30- bis 35000 zahlende Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder könne nur geschätzt werden, weil ordnungsmäßige Buchungen über Verdienst und Verkauf von Beitragmarken überhaupt nicht erfolgen. Bei einer Kassentrolle sei festgestellt worden, daß kein ordnungsmäßiges Kassensbuch geführt werde und überhaupt keine ordnungsmäßige Buchführung über Einnahmen und Ausgaben vorhanden ist. Ueber einen großen Teil der Ausgaben, namentlich über Spesen und Reisevergütungen der angestellten Geschäftsführer, seien keine ausreichenden Belege vorhanden. Bei einer Kassentrolle sei ein Fehlbetrag von 8000 Mark ermittelt worden, worüber keine Auskunft gegeben werden konnte. Es wurde schließlich erklärt, das Geld sei für Agitation und Spesen ausgegeben worden. Bei der Kassentrolle Ende Dezember 1920 sei ein Fehlbetrag von 10000 Mark festgestellt worden, worüber ein Nachweis fehle. Kein Betrag des Kassensandes sei einbringend angelegt. Auf wiederholtes Drängen bei dieser Kassentrolle, den Kassensand in bar oder in Belegen nachzuweisen, seien etwa 100 000 Mark in Fünftagsmarken ungeblüdet und in Zeitungspapier verpackt herbeigebracht worden, die angeblich ein Gewächsmann in Verwahr hatte. Die Auszahlung der Summe, weil völlig ungeordnet, nahm mehrere Stunden in Anspruch.

Auf die Frage, warum solche Beträge nicht zurückgelegt und besser verwahrt würden, wurde erwidert, man wolle der Reaktion nicht die Möglichkeit geben, sich des Geldes zu bemächtigen. Nicht nur der Geschäftsführer, sondern auch andere Angestellte auf der Zentrale nehmen Einzahlungen entgegen und Auszahlungen vor aus Geldbeträgen, welche sie bei sich führen, ohne Eintragungen zu machen. Da braucht man sich über die Fehlbeträge im Kassensand nicht zu wundern. Weiter ist kein Verzeichnis vorhanden und fehlen alle Angaben über Portoausslagen. Jede Kontrolle ist da unmöglich. Da ist es verständlich, daß der Leitung besonders die unbedenklichen Revisionen unangenehm waren und sie die Mitglieder der Kontrollkommission aufforderte, die Kontrolle vorher anzumelden.

Das Gehalt der Leiter Wagner, Witt, Bartels, Hammer und Görnschilling im Dezember 1920 2625 Mark monatlich. Außerdem hatten sie beantragt, ihnen für die Dauer des Uebertrittsabkommens einen monatlichen Zuschuß von 400 Mark zu zahlen. Auch erhielten sie eine Entschädigungssumme von 500 Mark. Es wurden außerdem noch angeblich arbeitslose Mitglieder auf der Zentrale in Gelsenkirchen beschäftigt, deren Bezahlung nicht so hoch war. Das werden wohl diejenigen sein, die nach dem erwähnten Aufbruch monatlich 2000 Mark erhielten.

Auf das erworbene Grundstück in Gelsenkirchen ist in letzter Zeit schon eine Hypothek von 60 000 Mark aufgenommen worden, weil die Anteilsscheine nicht mehr gezeichnet werden. Die geschuldeten Wirtschaft ist schon in weiten Mitgliederkreisen der Union bekannt und hat allseitigen Mißtrauen hervorgerufen, so daß auch diejenigen, welche Anteilsscheine gezeichnet haben, immer mehr befürchten, daß sie ihr Geld nutzlos als Rimmerwiedersehen fortgeworfen haben. Alles Drängen auf ordnungsmäßige Geschäftsbücher und Kassensführung war bisher erfolglos und mußte auch erfolglos sein, weil niemand mehr gehen kann wie er hat. Die Leiter der Union können wohl in unverständlichen Phrasen und oben Schampferen schwätzen, aber eine geordnete Geschäftsbücher- und Kassensführung — ja, Dauer, das ist ganz was anderes!

Die Leitung der Union sucht sich dadurch zu helfen, daß sie die unliebsamen Dränger und Räuber aus den verantwortlichen Stellen sowie den Sitzungen und Konferenzen herausdrängt und mundtot macht. Dadurch wird es schließlich nicht besser, sondern immer schlimmer. In der Union trägt es daher überall. Funktionäre haben in Sitzungen und Konferenzen schon ihre Partner niedergelagt, weil sie sich an der Ausübung ihrer Pflichten behindert sehen und die Verantwortung hierfür nicht mehr tragen wollen und auch nicht tragen können. Immer härter und aufrechter geht es zu. So haben sich z. B. die Mitglieder der Gelsenkirchener Schachtanlagen und von Bochum III gegen ein weiteres Verbleiben Wagners in der Leitung ausgesprochen. Der Preis zieht sich immer weiter. Die geschuldeten Wirtschaftslöhne trägt sich eben nicht halten, sondern muß unausbleiblich zum Zusammenbruch führen.

Stillsand ist Rückschritt.

In einem Artikel: „Stillsand ist Rückschritt“, trat Kamerad E. Avel-Silbeschmidt in Nr. 12 der „Bergarb.-Ztg.“ dafür ein, diese Stillsand wünschenswert ist, um die Krise zu lösen. Wir bemerken dazu, es behände Uebereinstimmung darüber, daß die vierseitige „Bergarbeiter-Ztg.“ zu sein ist, um ihren wachsenden Aufgaben gerecht werden zu können. Sobald es die Verhältnisse erlauben, wird die „Bergarb.-Ztg.“ möglichst wieder in früherem Umfang erscheinen. Lediglich um unsere Mitglieder einen Einblick zu geben, brachten wir eine Besprechung unserer Geschäftsleitung und Organisation, wonach sich die Druck- und Materialkosten einer wöchentlich zweimal je achtseitig erscheinenden Zeitung jährlich auf 2 798 400 RM. und die Vertriebskosten auf 1 128 000 RM., zusammen 3 926 400 RM. stellen. Einzu kommen noch die entwerfenden höheren Kosten für Redaktoren, Postgebühren und Steigerung der Auflage, die jetzt 170 000 beträgt. Hierzu haben wir keine Zuschriften erhalten, daß wir sie gar nicht berücksichtigen können. Das erwidert sich ja auch, weil ohnehin die „Bergarb.-Ztg.“ sobald als möglich wieder in früherem Umfang erscheinen soll. Der Zweck der Besprechung war lediglich, unseren Mitgliedern Einblick in die Kostenfrage zu geben und sie zum Nachdenken anzuregen. Was nicht kostet, wird bekanntlich auch nicht geschätzt. Der Zweck der Besprechung dürfte erreicht sein, ohne daß Erörterungen daran geknüpft zu werden brauchen, die unsere Absicht zu kleinen Raum neugierig in Anspruch nehmen würden.

Resolutionen.

Zu der Ablehnung des Schiedsspruches für den Ruhrbergbau sind eine sehr große Anzahl von zukunftsweisenden Resolutionen aus Mitgliedern und Bezirksversammlungen zugegangen, die es unmöglich ist, sie wörtlich in unserer Zeitung zu veröffentlichen. Wir haben sie zur Kenntnis genommen und werden sie gegebenenfalls veröffentlichen. Dies allen Einflüssen — Information.

Seine Dachhauser Tiefbau.

In Nr. 7 des „Bergknappen“, Seite 4, befindet sich unter „Dachhauser Tiefbau“ ein Artikel, der sich mit meiner Person befaßt und den ich nicht unbedacht lassen kann. Es wird dort behauptet, daß ich die Entlassung des Mitgliedes L. vom örtlichen Gewerkschaftsverband veranlaßt habe. Wie liegt nun die Sache? Bei einer Holzlegerevision auf unserer Schachtanlage habe ein Beamter einem Arbeiter den Holzloch an den Kopf geworfen. In der Eigenschaft als Vorsitzender des Betriebsrats leitete ich die Einigungsverhandlung. Die Belegschaft wollte in den Streit treten, um die Entlassung des Beamten zu erzwingen. Mit dem Arbeiter ist an dem betreffenden Tage eine Einigung zustande gekommen. Einige Tage später kam der Kamerad zu mir und beklagte sich bei mir: „Ich kann es nicht sehen lassen, die andern ein nach an, daß ich nur 500 Mark Lohngehalt bekommen habe.“ Nun wurde die Sache von der Union aufgegeben und mir nachgeschickt, daß ich an dem Tage vom Betriebsrat mit Figuren besetzt worden bin. Als Urheber dieses Geschäftes entpuppte sich ein Zeckentrupp. Es wird auch dem Artikelverfasser im „Bergknappen“ einzuwerfen, daß ich als Betriebsratsmitglied eine beratende Vertretung nicht an mir sitzen lassen konnte. I. hätte sich, bevor er entlassen wurde, dem örtlichen Mitgliede des Betriebsrats gegenüber geäußert, er wolle die Belegschaft zurücknehmen. Als derselbe aber dann in Gegenwart von drei Mitgliedern des Betriebsrats (einschließlich des Kameraden vom örtlichen Gewerkschaftsverband) vom Betriebsrat gefragt wurde: „Geben Sie gefälligst, daß ich Brodmann Figuren gegeben habe“, antwortete der Zeckentrupp: „Das war nun auch dem örtlichen Betriebsrat unangenehm zu viel, indem er sagte: Nun ist aber alles aus!“ L. wurde nun

vom Betriebsrat entlassen, weil er sich auch beklagte. Als ich nach der Sitzung in meiner Wohnung angekommen war, trat L. begleitet von seiner Mutter, die mit ihm ein und das mich, ich möchte meinen Einfluß geltend machen, daß die Entlassung wieder rückgängig gemacht würde, er wolle die Belegschaft indurieren und 50 Mark in die Unterstuhlgänge zahlen. Wir haben nun unser Möglichstes versucht, die Entlassung wieder rückgängig zu machen. Da L. aber seinem Versprechen, die Belegschaft zu indurieren, nicht nachgekommen war, habe ich in ähnlichen Strafamtung gestellt. Jetzt erst fand sich L. dazu bereit, diese Unwahrheit zu widerrufen. Die von L. gegebene Erklärung lautet:

„Jede der Dachhauser Tiefbau. Die in Nr. 7 des „Bergknappen“ über das Betriebsratsmitglied Brodmann verbreiteten Gerüchte beruhen nicht auf Wahrheit. Warnung der Weiterverbreitung.“
gez.: Franz Ledermann, Dachhauser-Mitgl., Eibergerstr. 3.

Gegenüber der Behauptung des „Bergknappen“, ich hätte nicht den nötigen Mut aufgebracht, die Angelegenheit in der Belegschaftsversammlung zu verteidigen und Krantheit dargelegt, erwidere ich, daß, wenn man nicht einmal gegen Verdrängungen seitens der in Stellung und Wahrheit erzeugten Christen getritt ist, man dieses noch weniger gegen Krantheit sein kann.

Bed'gnheime, wie sie nicht sein sollen.

Als die Kriegsgefangenen nach und nach abgehoben wurden, mußten dem Bergbau neue Kräfte zugeführt werden. Da die Wohnungsnot im Industriegebiet sehr groß ist, mußten zum Teil die früheren Barackenbauten zu Wohnzwecken für zugewandene Arbeiter benutzt werden. So sind neue Bed'gnheime entstanden. Diese sind es leider Kameraden, die aus Mangel an Privathäusern die Bed'gnheime in Anspruch nehmen müssen. Aber auch ein großer Teil der Arbeiter Familienmitglieder, die durch Arbeitsmangel in ihren Berufen zum Bergbau wandern mußten, ohne ihre Familien mitnehmen zu können, befinden sich darunter. Und das gerade die Letzteren sind in solchen Bed'gnheimen auf die Dauer nicht wohl zu stellen, ist gut zu verstehen. Unrichtig ist aber, was man in letzter Zeit öfters hören und in bürgerlichen Zeitungen auch lesen kann, daß die Bed'gnheime auf den Beiden die Kräfte des Sozialismus seien. Die Unzulänglichkeiten in einem Teil der Bed'gnheime sind nur aus dem Mangel an Kräfte zu erklären, die vollkommen falsch. Die Bed'gnheimen sind diejenigen, die es angeht, seien doch endlich einsehen, daß sie Arbeiter — Menschen — vor sich haben und keine Strafgefangenen. Jumeil sind es Konflikte, die sich mit den Kameraden ergeben wegen äußerst mangelhafter und nicht sorgfältig ausgeführter Verpflegung und Kost. Was in dieser Hinsicht so wie in Punkt Reinlichkeit in vielen Bed'gnheimen gelei. et wird, spottet jeder Bekleidungs. Es ist Aufgabe der Gesundheitspolizei, da nach dem Rechten zu sehen. Besonders dort, wo man die Bed'gnheime Kameradenunterstützer zum Ausbrot verpackt hat, sind die Zustände gruslich. Die Insassen sind oft ohne jede Möglichkeit der Gegenwehr der Wille der Kameraden ausgegliedert. Bei Beschwerden ergreift die Verwaltung in den meisten Fällen die Partei des Wirtes, der in der ganzen Einrichtung noch nur ein Geschäft sieht und aus der Wohnung nicht seiner Kameraden Gewinn ziehen will.

Einige typische Fälle dieser Art sind die Bed'gnheime Wofke I, II und III IV und Prosper I. Wofke — nebenbei gesagt, eine sehr leistungsfähige Belegschaft — hat zwei Bed'gnheime. Die es sehr aber ausfüllt, ist gar nicht zu schildern. Dessen sind nicht vorhanden, es kann also nicht gezeigt werden. Was das im Winter heißt, brau. er wir wohl nicht zu sagen. Die Kameraden, wenn sie von der Schicht kommen, sind gezwungen, wenn sie nicht ins Liekhaus gehen wollen, ins Bett zu steigen, um nicht zu frieren. Die Wofke sind in einem Zustande, der sich hier gar nicht beschreiben läßt und nebenbei viel zu sein. Das bei derartigen Zuständen, die von Familien und Grima durch das harte Leben getrieben sind, bald wild werden, können wir gut verstehen, denn niemand kümmert sich um diese Kameraden, und es wäre endlich an der Zeit, daß die Gesundheitspolizei eingreift.

Das Bed'gnheim Prosper I und sein Verwalter Krummer sind auch als typischer Fall nennenswert. Das Bed'gnheim hat eine sehr große und moderne Schwemne. Die Bewohner klagen über die schlechte und minderwertige Verpflegung. Verhandlungen mit dem Verwalter Krummer hatten das Ergebnis, daß sich die Bewohner von einer Mahlzeit trennen lassen konnten, wenn sie sich drei Tage vorher anmelden. Aber auch diese so ungläubige Bedingung wurde nicht eingehalten. Herr Krummer erließ eine Bestimmung, daß alle, die an der Küche des Herrn Krummer nicht teilnehmen wollten, das Bed'gnheim zu verlassen hätten. Durch das Wohnungsamt Notiz wurde dies noch verstärkt und die Kameraden wurden nicht auf die Straße getrieben. Aber der Zustand wurde nicht besser, vielmehr gab der Unternehmer den Bewohnern bekannt, daß sie nicht gezwungen werden, bei ihm gelochten Speisen zu essen, wohl aber würde ihnen der Betrag für das Essen beim Lohn abgehalten. Die Kameraden glaubten aber, Herr Krummer habe einen Spaß gemacht. Am Sonntag war ihnen jedoch das Essen vom Lohne abgehalten. Hier heißt die Polizei ein und die Gelder wurden zurückgehalten. Man fragt sich nach solchen Vorwärtigkeiten, ob wir noch in einem gesteuerten Staat leben. Man komme nun nicht mit dem Einwand, die Leute seien alle Profiteure und wüßten nicht, was sie wollten. Da führen wir als Beispiel die Wofkebelegschaft und Rheinbeiden an, wo die Verpflegung nicht in Händen eines Unternehmers liegt. Dort sind wenigstens die Leute halbwegs zufrieden. Sämtlich ist es unserer Belegschaftsleitung gelungen, bei Beschwerden und Forderungen Befriedigung herbeizuführen. In allen Fällen war es jedoch nicht möglich, da auch die Kameraden aus den Gemeinen selbst nicht immer das Bestmögliche für ein unbegrenztes Zusammenhalten aller Arbeitkollegen in unserer Organisation aufbringen, und Unorgansiferten ist heute eben nicht mehr zu helfen.

Bezirksleitung Gelsenk. F. A. Karl Sarkamp.
Anmerkung der Redaktion. Wir bringen vorstehende Aufsätze, weil sie in einem Ausmaß dinstellen. Die angeführten Fälle sind typisch und es gibt noch unzählige Bed'gnheime (Rhenogen), auf welche Vorstehendes paßt.

Dort ist ein radikaler Ausbruch!

Auf der Zeche Admiral in Wellinghofen herrschen Zustände, die unbedingt der Allgemeinheit zur Kenntnis gebracht werden müssen. Am 4. März erkrankte plötzlich ein Kamerad. Auf das Verlangen des Arztes, herauszuführen zu dürfen, wurde er nicht, das erst ein Erlaßmann da sein mußte. So mußte der Kranke von 11 bis 12 Uhr am Schacht liegen. Aber auch am Tage herrschte die gleiche Saumlosigkeit. Obwohl die Schwerkraft in der Zwischenzeit so heftig geworden waren, daß der Kranke kaum imstande war, sich zu waschen und anzuziehen, war doch keine Hilfeleistung da. Dem Krankenkontrolleur wurde mitgeteilt, daß er einen Wagen bestellen solle. Da der Kranke nicht mehr laufen konnte, wäre es doch Pflicht gewesen, auf dem schnellsten Wege dafür zu sorgen, aber trotz der großen Schmerzen mußte der Mann von 12 bis 14 Uhr in der Wache liegen, ehe der bestellte Wagen kam und nach dazu eine Gemüßelatte. Hier trat sich dem Betriebsratsmitglied, der ja nur aus Sympathie besteht, ein Tätigkeitsfeld, welches gegenwärtig ist als das Schlimmste auf der Verbandsbahn. Nicht einmal ein Arzt bestellt man in solchen Fällen, vielmehr müssen dieses die Angehörigen selbst besorgen. Als der Arzt zu Hause eintraf, ordnete er die sofortige Ueberführung ins Krankenhaus an, was auch sogleich ein operativer Eingriff vorgenommen wurde, ein Beweis, daß der Krankheitsfall kein letzter war.

Also bitte, ihr Herren vom Ausschuss, sorgt für eine bessere Behandlung von erkrankten Belegschaftsmitgliedern, damit dieselben nicht hundertlang in ihren Schmerzen auf dem Pult liegen müssen.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Ausfall der Betriebsratswahl in Chemnitz.

Bei der Betriebsratswahl im Stadtbezirk Chemnitz entfielen auf die freien Gewerkschaften 303 und auf die Kommunisten nur 146 Betriebsratsmandate. Chemnitz ist eine kommunistische Hochburg erster Größe. Der Wahlerfolg bedeutet eine glatte Niederlage der Kommunisten.

Im Senftenberger Bezirk.

Diesmal führte mich mein Weg, in die äußerste Ecke des Senftenberger Bezirkes wie des Landes überhaupt: in das Braunschwelkenrevier am Pitzau. Je mächtig bekämpften Bergarbeiterversammlungen sprach ich in Reichenau und Grottau, hart an der Grenze der Tschechoslowakei. Der Geist der Jüdischheit ist leider bis in die äußerste Reichsdecke gedrungen. Steht man aber näher zu, so sind es nur recht kräftige Gründe, zum Teil persönliche Red'ner, die ein einig Zusammenarbeiten verhindern. Bei einigemmaßen gutem Willen und Ehrgefühl der beteiligten Zusammenhänge wird es leicht sein, den Kampf der beiden Parteien gegen zu setzen, eine einseitige Kampfbahn der gewerkschaftlichen Grundzüge zu schaffen. In beiden Versammlungen

wurde für die Zukunft eine bessere Verbindung und Ausbildung der Belegschaften gefordert.

Glücklicherweise es in Strichfelde zu. Etwa 500 Kameraden der Staatlichen Braunkohlenwerke waren zugegen. Gleich bei Beginn wurde die Zulassung eines Korreferenten verlangt und auch zugesprochen. Geschick hat es nicht. Eigentlich sind ja die Ausführungen der kommunistischen Oppositionsführer allgemein bekannt. Es kann aber nicht schaden, wenn der nicht anwesenden gewerkschaftlichen Kameraden bekannt wird, wie es ihnen unter der Herrschaft der Opposition gehen soll.

Der Korreferent Buschbeck, einer der neuen Gewerkschaftler, führte aus: „Wenn wir aus Ruher kommen, dann müßt ihr damit rechnen, daß die Rot erhebtlich vermehrt wird, die Höhe werden sinken, die Arbeitszeit wird in Extrem eigenen Interesse verlängert werden müssen. Erst wenn eine Zeit schwerer Rot überstanden ist, wird die Zeit der reifen Früchte kommen.“

Der kommunistische Sprecher leitete sich das Lobbe, was überhaupt zu leisten ist. Mit erhobener Stimme erklärte er: „Jede Lohnerschöpfung ist ein Verrat an der Arbeiterklasse; sie ist vielmehr ein Vorzeil für die Unternehmer, die sofort wieder mit erhöhten Warenpreisen auf die erhöhten Löhne flüchten. Es sei überhaupt revolutionär, lumpige Gröscheln hinaunehmen. Man müsse vielmehr auf den Tag warten, wo die Arbeiter zum letzten Kampf auf die Straße gerufen werden. Weil die Verbände diese Lähm nicht mitmachen würden, sei man gezwungen, sie zu bekämpfen. Im Übrigen sei er früher ohne Gewerkschaft ausgenommen und in Zukunft könne er auch ohne Verband leben.“

Süddeutschland.

Gimpelshang.

In letzter Zeit emsktet der katholische Arbeiterverein Waalrichen eine rege Tätigkeit, um der Zahlstelle unseres Verbandes in Marienstein die Mitglieder an denksig zu machen und dieselben in den katholischen Arbeiterverein hineinzulassen. Der „Wiesbacher Anzeiger“ berichtete vor kurzem, daß der katholische Arbeiterverein Waalrichen 60 Mitglieder aufwies und daß nach auflösendem Bericht eines Bergmanns aus Wiesbach sofort mehrere Bergarbeiter von Marienstein dem christlichen Gewerkschaftler beitreten seien. Soviel uns bekannt, sind bis jetzt von Bergarbeiterverband ganze drei Mitglieder zu den christlichen übergetreten. Es reicht also noch nicht ganz, um eine Zahlstelle gründen zu können, wie der Artikel des „Wiesbacher Anzeigers“ es gerne sehen möchte. Wir möchten die Bergarbeiter in Marienstein warnen, dem katholischen Arbeiterverein beizutreten und sich auf diese Weise zum Antipol gegen ihre Arbeitkollegen mißbrauchen zu lassen. Der katholische Arbeiterverein ist keine gewerkschaftliche Organisation. Aufmerksam machen wir noch auf die Einschulungsausschlüsse, welche zum Zweck des Mitgliederzuges errungen. Kameraden, wolle diese Aften nicht durch den Mitgliederzuges von nichtbigeren Beiträgen bürgerlicher, welche der katholische Arbeiterverein von seinen Mitgliedern erhebt. Kameraden, laßt euch von alledem nicht beeinflussen! Ein Verein, der keine gewerkschaftliche Kampforganisation ist und weiter keinen Zweck hat als die Verbrüderung und die Abbering der Mitglieder mit Unternehmern, benötigt keine hohen Beiträge. Wir erkennen nur gewerkschaftliche Kampforganisationen an und wollen mit allen anderen Organisationen und Vereinen die nur geartet sind die vorwärts strebende Arbeiterklasse zu unterstützen, nichts zu schaffen haben.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 14. Woche (vom 27. März bis 2. April) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Achtung! Verbandsmitglieder. Achtung!

Am Sonntag den 10. April, von 2 bis 6 Uhr nachmittags, findet in allen Zahlstellen des Verbandes die Wahl der Delegierten zur 23. Generalsammlung statt. Jedes Mitglied muß sich an der Wahl beteiligen. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Wegen Ermäßigung des Verbandes und Nichtbeachtung der Bekanntmachung in Nr. 8 der „Bergarb.-Ztg.“ werden die Mitglieder stark Säger (S.-Nr. 254 054), Zahlstelle Fern II und Germain Rupietta (S.-Nr. 227 818), Zahlstelle Dachhausen-Hörselberg aus dem Verbande ausgeschlossen.

Bücherstellen.

Rupfendorf. Bücherausgabe jeden Sonntag, vormittags von 10 bis 12, beim Kameraden Karl Gedeck, Lohstr.

Bücheraktionen.

Die Mitglieder werden gebeten, die Mitabtebücher herzt zu halten, um den Revisoren die Arbeit zu erleichtern.
Karl-Gem. Dom 1. bis 30. April.
Kathr. II. Dom 1. bis 15. April.
Kathr. III. In der ersten Aprilwoche.
Kathr.-Emsder. Dom 1. bis 15. April.
Schwarzhorst. Dom 1. bis 15. April.

Krankentunterstützungs-Versammlung.

Haarsdorf. Jeden ersten Sonntag im Monat, im Lokal Eichholz, Humboldtstraße.
Rupfendorf. Jeden zweiten und vierten Sonntag beim Kaffeeer U. Renhans, Lohstr. 5.
Emsensberg. Jeden letzten Sonntag im Monat, von 10-1 Uhr, beim Kaffeeer Franz Bah, A-Straße 31.

R.-G.-M. seit 18. 7. 18 in Frankreich der Gefr. Heinrich Rehl, 8. W.-M. 1. Inf.-Regt. 196. Nachrichten erweisen an Heinrich Rehl in Dachhausen-Mühl, Kellstr. 55a.

Die Bergarbeiter.

(Von Otto Haas) Preis 30 Mark für Mitglieder. Bezug von H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemolhausenerstr.

Bericht der Sozialisierungskommission

über die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues
Ladenpreis 5,30 Mk.
Zu haben bei H. Hansmann & Co., Bochum

Zur Schonung der Verbandsbüche empfehlen wir

Bücher-Sutterale zu 60 Pf.